

# SPD. Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/18

Hannover, 11. Februar 1948

## Föderalismus und seine Extreme

Von Ministerpräsident Hermann Lüdemann

Die neue, von Briten und Amerikanern gemeinsam verfaßte Charta der Bizone hat für Deutschland die Frage "Föderalismus oder Zentralismus?" in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt. Vor allen bayerische Stimmen haben sich in diesen Erörterungen mit Leidenschaft gegen die erkennbare Tendenz erhoben, auf wirtschaftlichem Gebiete die zentralen Kräfte zu stärken. Ist die von ihnen aufgeworfene Fragestellung "Föderalismus oder Zentralismus?" denn überhaupt richtig?

Sowohl das föderale wie das zentrale Prinzip haben ihre innere Lebensberechtigung. Das föderale Prinzip entspringt dem gesunden demokratischen Gedanken, das staatliche und gesellschaftliche Leben in einer natürlichen Ordnung der Gemeinschaft von unten nach oben aufzubauen. Gerade wir Deutschen haben dabei in dem Worte Selbstverwaltung einen plastischen Begriff dafür geprägt, was dem Gedanken der föderalen Ordnung innewohnt: Jede Organisationsstufe der Gemeinschaft - Gemeindegemeinschaft, Kreis, Land, Reich - ordnet für sich die ihr gemäßen Dinge. Daraus ergibt sich im organischen Ausgleich der Lebensbedürfnisse und Lebenskräfte, daß jede niedere Ordnung der höheren nachgeordnet ist. Der Rechtsgrundsatz, Reichsrecht bricht Landesrecht, Landesrecht bricht Kreisrecht, usw. ist ein bereicherter Ausdruck dieses Ordnungsprinzips. Der Bundesstaat verkörpert ohne Zweifel die ausgewogenste Form seiner staatsrechtlichen Ordnung.

Wägt man in dieser föderalen Ordnung das Gewicht der Bedürfnisse und Aufgaben, so ergibt sich in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verflechtungen die Grenzen der Nationen und Kontinente überschritten haben, daß zu den Aufgaben des höchsten Ordnungskreises alles gehört, was die Wirtschaft betrifft. Nichts macht uns Deutschen den Zwang dessen stärker spürbar, als die Not unserer Tage mit ihren vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten im deutschen Wirtschaftsraum und von ihm wieder gegenüber der Welt. An Rhein und Ruhr die Zentralgebiete der deutschen Kohlen- und Eisenproduktion, in Bayern wie in Schleswig-Holstein agrarische Überschußgebiete ohne nennenswerte Grundindustrien;

zwischen diesen Polen in allen deutschen Ländern eine Vielfalt teils industrieller, teils agrarischer Übergewichte. Wie anders sollen die Probleme des Ausgleichs zwischen Überschuß und Mangel, Bedürfnis nach Industrieerzeugnissen und Bedarf an Lebensmitteln anders ausgeglichen werden als zentral? Noch dazu in einer Zeit, in der eine binnenländische Volkswanderung größten Ausmaßes tragisches Erbe verworrener Geister und ihrer verworrenen Politik ist!

Im geschichtlichen Pendelschlag geht die Entwicklung immer einmal mehr in der zentralen, ein andermal mehr in der föderalen Richtung. Ökonomische Krisen beschleunigen den Pendelschlag nach der zentralen Seite. Aber berechtigt das heute die bayerischen Rufer im Streite, wirtschaftliche zentrale Notwendigkeiten in zentralistische Gefahren politisch zu verzerren, um sich dann vom Sprungbrett föderalen Gedankenguts in föderalistische Überspitzungen flüchten zu können?

Bayern tritt hierbei mit dem Pathos des Verteidigers altangestammter Landesrechte auf. Aber geschichtlich gesehen, ist Bayern gar keine Einheit, sondern das mehr oder weniger zufällige Produkt einer jahrhundertelangen erfolgreichen Hausmachtspolitik seines Herrscherhauses. Durch geschichtliche Zufälligkeiten aus keineswegs homogenen landsmannschaftlichen Teilen zusammengefügt, hat Bayern - im Gegensatz zu Preußen - im wesentlichen seine zufällige Gestalt auch durch den Zusammenbruch von 1945 zu bewahren vermocht. Es hat damit in jeder Weise die geschichtliche Nachfolge des ihm so verhassten Preußen in der Neuordnung der Weimarer Republik nach 1918 angetreten. Und doch besteht ein wesentlicher Unterschied zu Bayerns Nachteil. Als Ländergebilde verdankt es seine Form, seinen länderrechtlichen Bestand und Stand doch nur dem Willen und der Entscheidung seiner Besatzungsmacht! Die heute von Bayern so nachdrücklich vertretenen Rechte sind gar nicht geschichtlich überkommen, sondern ebenfalls nur Ausfluß des Willens und der Ordnungsgrundsätze, nach denen die USA in ihrem Zonenbereich das staatliche Leben Deutschlands neu zu formen begonnen haben. Woher leitet die Willkür einer solchen Ordnung das moralische Recht ab, den gesunden föderalen Gedanken zu einem föderalistischen Dogma zu überspitzen, das letzten Endes den Gedanken des Bundesstaates überhaupt verneint und einen mehr oder minder losen Staatenbund das Wort redet? Wie bei einer solchen losen Ordnung, wenn man dieses Wort - eigentlich mißbräuchlich - anwenden will, je die wirtschaftlichen Probleme unserer Tage gemeistert werden sollten, ist unerfindlich.

Alle deutsche Politik, soweit man von ihr heute überhaupt reden kann, vermag geschichtlich nur zu bestehen unter dem Leitsatz sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit bedeutet in der wirtschaftlichen Ebene den echten Ausgleich aller Lebensbedürfnisse, der nur zentral im ganzen deutschen Raum vorgenommen und geleitet werden kann. Soziale Gerechtigkeit bedeutet zugleich in der politischen Ebene im Rahmen eines föderalen Staatsaufbaus den richtigen Ausgleich zwischen den örtlichen oder bezirklichen Erfordernissen einerseits und den zentralen, im wesentlichen eben wirtschaftlichen Notwendigkeiten andererseits.

In diesem Sinne mag das Wort eines heutigen Bannerträgers des überspitzten Föderalismus gelten: "Die deutsche Demokratie wird föderal sein, oder sie wird nicht sein". Aber daneben muß die Erkenntnis stehen, daß unerlässliche Voraussetzung für die Überwindung deutscher Not und für einen Aufstieg zu neuem Wohlstand eine weitgehend zentrale Ordnung der Wirtschaft ist. Dazu gehören Länder, deren Größen und Interessen einigermaßen ausgeglichen sind und deren berechtigter Eigenwille kein grundsätzliches Hindernis für eine zentrale Wirtschaftsführung bedeutet.

--- --

### "Partito Comunista Italiano"

Ihre Bedeutung und ihre Aussichten

E.A.M. Verona, Anfang Februar

Die Lage in Italien ist zur Zeit etwas weniger kritisch, als sie es noch vor kurzem war. Massenstreiks und blutige Demonstrationen sind zunächst einmal überwunden. Aber das Wort vom "erloschenen Krater", aus dem erneut die Flammen schlagen werden, läuft um. Ob die Deflationspolitik der Regierung und die amerikanischen Lieferungen diese Glut zu löschen vermögen? Was wird das Ergebnis der ersten Parlamentswahlen aufgrund der neuen Verfassung am 18. April sein? Wird es überhaupt zu ihnen kommen oder schlagen die Kommunisten schon vorher los? Diese Fragen bewegen Italien.

Seit Kriegende haben Stärke und Einfluß der "Partito Comunista Italiano" trotz sogenannter Rückschläge unaufhörlich zugenommen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1947 von 2.166.448 auf über 2.5 Mill. In strenger Organisation besteht die Partei aus mehr als 40.000 Zellen, die in 8.700 Sektionen zusammengefaßt sind. Unter Einschuß der Linksozialisten wendeten die Kommunisten es bei den letzten Wahlen auf etwa 8 Millionen Stimmen. Die PCI ist damit die weitaus größte kommunistische Partei Europas und rangiert in der Welt nur hinter der russischen. Ihr Ansehen verdankt die Partei vor allem ihrer führenden Rolle in der italienischen Widerstandsbewegung. Sie bestand in Oberleitung und Kern aus den gut organisierten Aktionsgruppen der kommunistischen Garibaldibrigaden (die rechtsgerichteten "Fiamme verdi" spielten kaum eine Rolle). Mit diesen ehemaligen Partisanenverbänden steht der PCI eine militärische Organisation in Stärke von 150 bis 160.000 gut bewaffneter und ausgebildeter Männer zur Verfügung. Als wegen Abberufung des Präfekten ein Teil dieser Truppe zu Ende letzten Jahres die Stadt Mailand ohne Gegenwehr staatlicher Organe besetzte, sah man die Schlagkraft der Verbände, denen gegenüber die Regierung nachgeben mußte.

Der politische Kampf um Erringung der Macht wird kaum mehr auf parlamentarischen Boden ausgetragen. Nach dem Zerfall der anderen Linksparteien, der von den Kommunisten weniger provoziert als ausgenutzt wurde, ringen westliche Demokratie und Kommunismus auf Leben und Tod in den Fabriken, Städten und Dörfern. Die Positionen der PCI sind stark.

In der Leitung des Gewerkschaftsverbandes besitzt die Partei außer dem Generalsekretär 58 von 75 Sitzen und kann jederzeit die weit über sechs Millionen Mitglieder zum alles lähmenden Generalstreik aufrufen. Von größter Bedeutung dabei sind die neuerdings in allen größeren Fabriken und Werken gegründeten kommunistischen Betriebsräte. In den Agrargebieten fordern die teilweise haarsträubenden sozialen Gegensätze zwischen reichen Gutsbesitzern und Landproletariat gebieterisch nach Änderung der Verhältnisse. Die Partei hat dem mit Errichtung von Ortsgruppen der sogenannten "Land-Konstituante" Rechnung getragen und arbeitet auf eine sofortige Bodenreform hin. In Mittelitalien, besonders in der Toskana und Emilia, aber auch in der Po-Ebene, versprachen die Kommunisten den Pächtern mit großem Erfolg höheren Anteil an den Bodenerträgen, die im bisherigen Mezzadria-System zu 50 Prozent an den Gutsbesitzer abzuliefern sind. Einen Zusammenschluß der gesamten Arbeit stellt die kürzlich in Rom unter kommunistischer Leitung gebildete "Demokratische Volksfront für Frieden, Unabhängigkeit und Arbeit" dar; Fusionssozialisten, eine beträchtliche Zahl von Intellektuellen und das linksgerichtete Bürgertum vereinigten sich mit den Kommunisten im Kampf um die Macht.

Die Stärke des italienischen Kommunismus beruht auf der geschickten Monopolisierung des Antifaschismus, auf der innenpolitischen Biegsamkeit (Lateranverträge, konfessionelle Schulen, regional mögliche Abweichungen von der zentralen Propagandalinie) und auf der eisernen Disziplin der Parteikader. Eine große Schwäche der Partei liegt auf außenpolitischem Gebiet. Die Belgrader Aspirationen auf italienisches Gebiet sind bekannt. Zudem ist die Kominform mit ihrem Sitz in Belgrad Amerikas erklärtester Gegner - und Italien ist auf amerikanische Hilfe wie kaum ein zweites Land angewiesen. Eine konsequent anti-amerikanische Haltung der italienischen Kommunisten war deshalb unmöglich.

Die andere und vielleicht noch größere Schwäche für die italienischen Kommunisten bringt der italienische Volkscharakter mit sich. Den Italiener interessiert die Regierung in Rom nur bis zu einem gewissen Grade. Regierung ist für ihn immer anordnende Macht, der er durch starke freiheitliche Gesinnung, gesunden Menschenverstand und eine Art "politischer" Zivilcourage zu begegnen sucht. Reicht das nicht aus, greift er zu anderen Mitteln. Erinnerung sei nur an den offenen Protest einer römischen Volkmenge vor dem "Palazzo Venezia" gegen einen faschistischen Minister, der sich zu stark bereichert hatte, oder an den Erfolg der Festsetzung von Höchstpreisen für Äpfel und Meeresfrüchte in Restaurants, die Äpfel verschwanden vom Markt und die Speisestätten schlossen ihre Türen. Zwischen Zivilcourage und Anarchismus besteht oft wenig Unterschied - aber eine Polizeiherrschaft östlicher Prägung hätte in Italien ein besonders schwarzes Leber.

• Wie ein Engländer die Ostzone sah

Eigenbericht London, Februar 1948

"Ein häßliches Bild, voller Finsternis in der Gegenwart und voller Gefahren für die Zukunft" - so stellt H.H.C. Steed im Londoner "Daily Telegraph" die derzeitige Lage in der russisch besetzten Zone Deutschlands dar. Während die Westmächte geduldig auf die russische Zusammenarbeit bei der Behandlung des deutschen Problems gewartet hätten, hätten die Russen ihre eigene, vorher festgelegte Politik konsequent vorwärts getrieben und in ihrer Zone praktisch die Errichtung eines proletarischen Einparteien- und Eine-Klasse - Sowjet-Staates vollendet, der halb Sklave, halb Satellit der Sowjetunion sei. "Die Sowjetisierung von 18 Millionen Deutschen ist mit den bekannten Mitteln eines totalitären Regimes durchgeführt worden, das in diesem Falle zudem noch von einem Sieger gehandhabt wurde. Über diesen Prozeß ist eine derbe Tarnung von Demokratie geworfen worden, aber seit dem Zusammenbruch der Londoner Konferenz deuten viele Anzeichen darauf hin, daß der demokratische Vorwand in der Sowjetzone bald ebenso aufgegeben wird wie in Osteuropa. Als die SED gegründet wurde, seien Gegner der Fusion zu Hunderten in Konzentrationslager geschickt worden, in denen sich nach den Angaben Steeds zuweilen 200.000 - 300.000 Personen befanden. In Oranienburg-Sachsenhausen schwankte die Zahl zwischen 15 und 34.000, von denen innerhalb von 18 Monaten 5-6000 gestorben seien. Die beiden Hauptkategorien der Insassen dieser Konzentrationslager rekrutieren sich aus Sozialdemokraten - der gefährdetsten Klasse in der russischen Zone - und ehemaligen Offizieren der Wehrmacht, die aus den Westzonen zurückkehren. In Sachsenhausen befanden sich zu einem bestimmten Zeitpunkt 2000 ehemalige Offiziere im Lager, von denen die arbeitsfähigen - rund 1000 - nach Rußland deportiert wurden. Gewalttätige Deportationen Gefangener aller Art seien an der Tagesordnung. Allein im Frühjahr 1947 habe ihre Zahl wöchentlich 5000 überstiegen. Viele Tausende von Facharbeitern seien innerhalb weniger Stunden nach ihrer Benachrichtigung nach Rußland abtransportiert worden, um die dortin verbrachten Maschinen zu bedienen und dieser Deportation folgte die zwangsweise Aushebung von Tausenden von Arbeitern zur Beschäftigung unter gefährlichen und primitiven Bedingungen in den Uranbergwerken des Erzgebirges. "Dies hat Rußland und den Kommunismus in deutschen Augen mehr diskreditiert als 12 Jahre Goebbelscher Propaganda".

In demokratischen Württemberg-Baden...

(Eigenbericht) Karlsruhe

Einen interessanten Aufschluß über die Durchsetzung des Staatsbetriebes von Württemberg-Baden mit früheren Pgs gibt eine Aufstellung, in die wir dieser Tage Einblick nehmen konnten. So verfügt das Justizministerium noch über 48,6 Prozent "Betroffene", eine Zahl, die nicht verwunderlich ist, wenn man hört, daß gegen 80 Prozent der Justiz seinerzeit der Partei angehörten. Unter diesen 48,6 Prozent befinden

sich wiederum 59,8 Prozent im höheren Dienst, 77,3 Prozent in gehobenen Dienst und 40,7 Prozent im mittleren Dienst. Der untere Dienst und die Arbeiterschaft ist durchweg bei allen Dienststellen mit niedrigeren Prozentzahlen vertreten, meist unter 20. Das Staatsministerium verfügt über 35,5 Prozent ehemalige Nazibeamte, 27,6 Prozent hiervon im höheren Dienst, 59,1 Prozent in gehobenem Dienst. Das Innenministerium hat "nur" 17,5 Prozent, allerdings dafür 8,2 Prozent als politische Beamte. Im Finanzministerium treffen wir 43,5 Prozent mit 46,7 und 53,2 Prozent in höherem oder gehobenem Dienste. Das Kultusministerium hat 38,1 Prozent frühere Nazibeamte, davon 40,3 Prozent und 44,5 Prozent in den beiden höchsten Gehaltsstufen. Selbst das Ministerium für politische Befreiung hat 1,3 Prozent Böcke als Gärtner! Die Präsidialstelle Baden verfügt über 33,3 Prozent solcher Beamte, davon 75 Prozent und 50 Prozent auf höheren und gehobenen Posten. In den anderen badischen Landesbehörden ist der Prozentsatz: Innere Verwaltung 15,5 Prozent, Finanzen 40,2 Prozent, Kultus- und Unterricht 35,5 Prozent, Wirtschaft und Ernährung 16,7 Prozent, im Länderrat 9,5 und im Deutschen Büro für Friedensfragen 20,0 Prozent. - -

#### Zögernde Entlassung von Kriegsgefangenen

Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD teilt mit:

Die oft gestellte Frage "Wann kehren unsere Kriegsgefangenen heim?" kann nur beantwortet werden durch eine Gegenüberstellung der Entlassungszahlen aus den einzelnen Gewahrsamsländern. Im Entlassungslager Munster der britischen Zone trafen Heimkehrer für folgende Zeitabschnitte ein:

<u>5.1.-11.1.1948</u>	
aus England	6 513 Mann
Frankreich	2 084 Mann
Russland	1 839 Mann
Italien	383 Mann
Dänemark	65 Mann

#### 12.1.-18.1.1948

aus England	6 168 Mann
Frankreich	1 449 Mann
Russland	keine
Holland, Dänemark, Österreich	271 Mann

Die Länder Jugoslawien, Polen, Rumänien und Tschechoslowakei gaben keine Kriegsgefangenen frei.

Verantwortlich: Peter Dauen